

In Kürze

LANGENTHAL
Reglement gegen
Lichtsmog kommt

Der Gemeinderat arbeitet seit zwei Jahren an einem Reglement zur Reduktion von Lichtsmog. Das Vorhaben geht zurück auf eine Motion von Stadtrat Manuel Ischi (GLP). Gemäss Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP) beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe «relativ intensiv» mit dem Reglement. Der Gemeinderat muss eine Motion innerhalb von zwei Jahren umsetzen. Da dies beim Thema Lichtsmog nicht möglich war, stellte er gestern Abend Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist. Das Parlament stimmte dem Antrag grossmehrheitlich zu. *tg*

LANGENTHAL
Michael Renggli
für Therese Grädel

Auf Vorschlag der SP wählte der Stadtrat Michael Renggli in die Volksschulkommission. Er ersetzt Therese Grädel-Fankhauser. *rgw*

Fragen zum
Brunnen

LANGENTHAL Dass die Stadt
Kurt Steineberg den Brunnen
im Lindenhof-Kreisel abkauf-
te, führt jetzt zu einer Interpellation im Stadtrat.

FDP-Stadtrat Urs Zurlinden reichte seinen Vorstoss gestern Abend ein. Er stellt in seiner Interpellation gleich eine ganze Reihe von Fragen. Er habe in der BZ gelesen, dass die Stadt Kurt Steineberg den Brunnen von Künstler Housi Knecht für 15 000 Franken abgekauft habe. Zurlinden will unter anderem wissen: Wer hat den Kauf beschlossen und warum? Auf welche Rechtsgrundlage stützt sich dieser Entscheid? Wie wurde der Preis ermittelt? Welche Motive lagen vor? Warum wurde die für Ankäufe von Kunstobjekten fachlich zuständige Kulturkommission nicht um eine Stellungnahme gebeten? Welche Kriterien gelten für die Gestaltung der Verkehrskreisel?

Laut Zurlinden war die Kulturkommission zu keinem Zeitpunkt in diesen Ankauf involviert. Der Preis von 15 000 Franken entspreche dem gesamten Jahresbudget der Kulturkommission für Ankäufe von Kunst. Ob es sich beim Brunnen von Housi Knecht wirklich um Kunst handelt, steht für Zurlinden auch nicht fest. Er setzt jedenfalls ein Fragezeichen. Für ihn stellen sich weitere Fragen zu den Zuständigkeiten sowie der Ausgestaltung der Kreisel. *rgw*



Dieser Brunnen hat die Stadt für 15 000 Franken gekauft. *Robert Grogg*

50 000 Franken für den Gemeindepräsidenten



Am Geld soll es nicht liegen. Die Parteipräsidenten in Aarwangen gehen bei der Suche nach Gemeindepolitikern neue Wege. *Thomas Peter*

AARWANGEN Die Präsidenten der drei Ortsparteien wollen die
Entschädigungen für Gemeinderäte von 6000 auf 20 000 Franken
erhöhen. Der neue Gemeindepräsident soll statt 18 000 neu
50 000 Franken bekommen. Mit diesem provokativen Vorschlag
wollen sie im Vorfeld der Wahlen eine Diskussion in Gang setzen.

Die SVP Aarwangen wird sich an der Hauptversammlung vom Donnerstag mit dem Vorschlag für massiv höhere Entschädigungen befassen. Der Vorstand der SP wurde gestern Abend von Präsidentin Barbara Sägeser erstmals informiert. Bei der FDP hat sich der Vorstand bereits damit befasst. Entstanden ist die Idee bei einer Zusammenkunft der Aarwanger Parteipräsidenten, wo auch ein gemeinsamer Aufruf zur Kandidatensuche an die Bevölkerung beschlossen worden war (wir berichteten).

Die Ausgangslage ist klar: Vom aktuellen Gemeinderat will zu den Wahlen im Herbst nur noch Kurt Bläuenstein (FDP) erneut antreten. Für den bereits auf sieben Sitze verkleinerten Rat sind den drei Parteien bis heute aber nur gerade drei mögliche Inter-

essenten bekannt. Mit ihrem Vorschlag wollen die Parteipräsidenten deshalb eine Diskussion in Gang setzen. Sie wollen auch herausfinden, ob die bisherige Entschädigung ein Grund für das mangelnde Interesse an politischen Ämtern ist.

«Gespannt auf Reaktionen»

Die vorgeschlagene Steigerung wäre happig: 50 000 statt 18 000 Franken für den Gemeindepräsidenten, 30 000 statt 10 000 Franken für den Vize und 20 000 statt 6000 Franken für einen Gemeinderat. Zu den bisherigen Entschädigungen kamen noch separate Sitzungsgelder. Ob die in den neuen Beträgen gleich enthalten sind, ist noch offen.

SP-Präsidentin Barbara Sägeser wollte sich gestern zu diesen Zahlen noch überhaupt nicht

äussern. SVP-Präsident Hans Bigler sagt: «Die Zahlen sind noch keineswegs definitiv. Wir sind jetzt erst mal gespannt auf die Reaktionen.» Ähnlich sieht es FDP-Präsident Kurt Bläuenstein: «Wir sind uns natürlich bewusst, dass das zu reden geben wird. Aber wenn wir auf dem herkömmlichen Weg nicht genügend Kandidaten finden, dann sehen wir uns dazu gezwungen, Neues auszuprobieren.» Es soll vor allem ein Denkanstoss sein, sagt Bläuenstein. Noch sei er optimistisch, dass Aarwangen seinen Gemeinderat ein weiteres Mal bestellen könne. Vor allem aber hoffe er auf echte Wahlen.

Die Leute mobilisieren

Die Lösung könnte auch in einer Fusion gesucht werden. Für Kurt Bläuenstein ist dieses Thema aber noch in weiter Ferne. Wenn Aarwangen mit kleinen Gemeinden fusioniere, bringe das nicht viel. Ausserdem müsste die Initiative in diesem Fall von den Nachbarn ausgehen.

Langenthal liege da sicher näher und wäre wohl die bessere Option. Aber so weit sei man nun wirklich noch nicht.

Laut SVP-Präsident Hans Bigler soll der Vorschlag möglichst viele Leute an die Parteiversammlung bringen. «Bis Ende Juni wollen wir die Meinung der Bevölkerung einholen. Dann werden die Parteien voraussichtlich einen Antrag an den Gemeinderat stellen.» Er verweist zudem auf ähnliche Vorschläge in mehreren Emmentaler Gemeinden.

Entscheid nach den Wahlen

Da im Moment keine ausserordentlich Gemeindeversammlung vorgesehen ist, fällt ein Entscheid voraussichtlich erst im Dezember und somit nach den Gemeindewahlen. Möglicherweise wird der Gemeinderat einen Gegenantrag formulieren. Den Parteipräsidenten ist es ein wichtiges Anliegen, dass dieses heikle Geschäft noch vom alten Gemeinderat behandelt wird.

Robert Grogg

Stadtrat im zweiten Anlauf mit 20:19 Stimmen für die Schulsozialarbeit

LANGENTHAL Im zweiten
Anlauf und nur sechs Wochen
nach der letzten Abstimmung
zum gleichen Thema kam die
Einführung der Schulsozialarbeit
diesmal durch. Weil Kurt Wyss
(FDP) fehlte, brauchte es dazu
nicht mal den Stichentscheid
der Ratspräsidentin.

Einen Glaubenskrieg – so Pascal Dietrich (JLL) – lieferte sich der Langenthaler Stadtrat gestern Abend um die Einführung der Schulsozialarbeit. Dabei wusste Ratspräsidentin Beatrice Greber (SP) vorher schon, dass sie in dieser umstrittenen Frage nicht den Stichentscheid würde geben können: Kurt Wyss aus dem bürgerlichen Lager hatte sich für die Sitzung entschuldigt. Damit war eigentlich allen klar, dass der Entscheid mit 20:19 Stimmen für die Einführung der Sozialarbeit fallen würde. Und so kam es dann auch – irgendwann nach 22 Uhr.

Es war auch Pascal Dietrich nicht gelungen, 2 Stimmen von den «Gläubigen» aus den Parteien SP, Grüne, Grünliberale und EVP ins Lager der «Ungläubigen» mit SVP, FDP und JLL zu holen.

Meinungen waren gemacht

Laura Baumgartner (SP) sprach als Berichterstatterin aus diesem nur ganz kurz. Sie selber sei nach wie vor für die Schulsozialarbeit, vertrete aber die Meinung des Gemeinderates. Der sei nach wie vor mehrheitlich dagegen, und das vor allem aus finanzpolitischen Überlegungen.

Daniel Steiner (EVP) begründete dann die erst an der letzten Stadtratssitzung eingereichte überparteiliche Motion. Und das tat er genüsslich mit dem Hinweis darauf, dass Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP) im Grossen Rat der Schulsozialarbeit ohne Wenn und Aber zugestimmt habe. Für Steiner war klar, der

Stadtrat diskutierte gestern nur zuhänden der Medien und der Öffentlichkeit. Die Meinungen waren vorher in den Fraktionsitzungen gemacht worden. Abwechler gabs keine. Trotzdem wiederholte auch Steiner die bekannten Argumente. 45 Berner Gemeinden haben die Schulsozialarbeit bereits eingeführt, 40 wollen das noch tun. Es gehe um Standortmarketing. Langenthal investiere offenbar lieber in ICT als in die Kinder.

Pierre Masson sprach für die Fraktion SP/Grüne und warf den Bürgerlichen vor, man könne nicht die Steuern senken, um dann festzustellen, dass wichtige Leistungen nicht mehr erbracht werden könnten. Für FDP/JLL las Peter Moser das Protokoll der letzten Stadtratssitzung vor. Geändert habe sich seither nämlich nichts. Dass der Kanton 30 Prozent der Kosten übernehme, liess er als Argument nicht gelten: «Wir sind alle auch Berner, und

somit zahlen wir auch diese 30 Prozent selber.»

Fakultatives Referendum

Patrick Freudiger (SVP) stellte einmal mehr die Eigenverantwortung und die Familie in den Vordergrund. Man dürfe nicht bei jedem Problem immer gleich nach dem Staat rufen. Im Übrigen werde das fakultative Referendum dafür sorgen, dass das «Zufallsmehr» für die Schulsozialarbeit, wie er es nannte, umgehend korrigiert werde. Ebenfalls aus den Reihen der SVP kam der Hinweis von Schulleiter Armin Flückiger, die Schule habe mehr Probleme mit den Eltern als mit den Schülern.

Walter Wüthrich (SP) fragte zum Ende der Debatte: «Wo gibt es den von der SVP beschworenen Mittagstisch noch, wo die Familie täglich zusammensitzt und der Vater die Probleme der Kinder löst?» Die Abstimmung ergab keine Überraschung. *rgw*

Das Staunen über den IBL-Gewinn

LANGENTHAL Letztlich
wurde die Rechnung vom
Stadtrat einstimmig ge-
nehmigt. Trotzdem gab sie An-
lass zu einer längeren Debatte.

Im letzten Jahr sei kaum ein Stein auf dem andern geblieben, so Gemeinderat Jürg Häusler (SVP): «Alles, was wir machen oder nicht machen, wirkt sich auf die Rechnung aus.» Jene Faktoren, die man selber beeinflussen könne, seien jedoch sehr genau budgetiert worden. Das Ergebnis sei vor allem durch einmalige Ereignisse bestimmt. Um 1,5 Millionen Franken schliesst die Rechnung schlechter ab als budgetiert (wir berichteten). Das Defizit beträgt bei einem Umsatz von rund 100 Millionen 7,75 Millionen Franken. Trotzdem steht Langenthal nach Ansicht von Jürg Häusler finanziell gut da.

Daniel Rüeegg (EVP) sprach im Namen der GPK von einem «zufriedenstellenden Resultat». Die erstmalige Unterdeckung in der Pensionskasse müsse aber ernsthaft angegangen werden. Dabei bekam er Unterstützung von Fachmann Markus Gfeller (FDP). Der Deckungsgrad von 92,6 Prozent entspreche einer Verschlechterung um über 10 Prozent in einem einzigen Jahr. Damit liege man gar nicht mehr so weit über der kantonalen Lehrpensionskasse mit einem Deckungsgrad von 86 Prozent. Eine Rendite von 3,5 Prozent sei zudem nicht mehr realistisch und müsse wahrscheinlich bald einmal nach unten korrigiert werden.

Punkto Rechnung sprach Gfeller von einem strukturellen Defizit. Beat Sterchi (SVP) bezeichnete die Verschlechterung gegenüber dem Budget zwar als ärgerlich, eine Katastrophe bedeute sie aber nicht. Renato Baumgartner (SP, Grüne) hielt fest: «Die Steuersenkungen der Bürgerlichen haben offenbar nicht so viele gute Steuerzahler angelockt wie versprochen.»

Ruedi Lanz (FDP) ärgerte sich darüber, dass die IBL 40 Millionen Gewinn mache und die Stadt davon nicht profitiere. «Das von uns gemachte IBL-Reglement ist revisionsbedürftig», dies seine Schlussfolgerung. *rgw*

Ja zu einem Spielplatz

LANGENTHAL Der Stadtrat
überweist eine Motion von
Anita Steiner-Thaler für einen
zentrumnahen Erlebnisspielplatz.

Stadtpräsident Thomas Rufener (SVP) sagte gestern Abend, der Gemeinderat begrüsse Anita Steiner-Thalers (EVP) Motion für einen zentrumnahen Erlebnisspielplatz. Gleichzeitig erklärte er dem Parlament, die Erarbeitung eines Spielplatzkonzeptes, das vor einigen Jahren im Stadtrat gefordert wurde, befinde sich auf der Zielgeraden. Rufener stellte in Aussicht, dem Stadtrat werde im August ein Rahmenkredit für das Konzept unterbreitet. Steiners Vorhaben könne in das Konzept integriert werden.

Einige bürgerliche Stadträte hielten die Motion genau aus dem Grund für unnötig, weil das Spielplatzkonzept kurz vor dem Abschluss stehe. Trotz dieser Bedenken wurde der Motion deutlich zugestimmt: 30 Stadträte sagten Ja, 9 waren dagegen. *tg*